

Pressemitteilung

Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Industrie und Gewerkschaften wehren sich gegen
Erhöhung der Energie- und Stromsteuern

- Gemeinsame Erklärung von Industrieverbänden und Gewerkschaft
- Pläne schwächen den Standort Deutschland

Nummer
2. August 2010

Seite
1 von 1

„Aus Sorge um Arbeitsplätze in Deutschland und aus Sorge um den Erhalt der in Deutschland noch geschlossenen Wertschöpfungsketten“ appellieren verschiedene Industrieverbände sowie Gewerkschafter in einer gemeinsamen Erklärung an die Bundesregierung, „von einer weiteren Verteuerung der Energie für die Industrie abzusehen.“

„Es muss gelten, den Industriestandort Deutschland zu stärken, doch die Vorschläge zu einer weiteren nationalen Verteuerung der Energie für die Industrie bewirken das Gegenteil“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung von BDI, Bundesverband Baustoffe, Steine, Erden, Bundesverband Glasindustrie, Wirtschaftsvereinigung Stahl, Verband der Chemischen Industrie, Verband deutscher Papierfabriken, Wirtschaftsvereinigung Metalle und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

Den genauen Wortlaut der gemeinsamen Erklärung mit konkreten Zahlenbeispielen aus der Metall-, Papier- und Zementindustrie finden Sie online unter www.bdi.eu.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu